

Prinzip Hoffnung

Eher wird ein Hund seinen Wurstvorrat nicht antasten, als ein Lokalpolitiker die Finger von Projekten lassen, die Land oder Bund mit Zuschüssen fördern. So kann der Karlsbader Gemeinderat für seine Entscheidung am Mittwochabend, die Sanierung des Rathauses Spielberg noch nicht anzugehen und wieder aus dem Haushalt zu nehmen, nur gelobt werden. Das erste klare Zeichen aus dem Gremium, dass ihm es mit dem Sparwillen in Zeiten schwieriger kommunaler Haushalte ernst ist. Den Räten ist in der jetzigen finanziellen Not vor Augen geführt worden, dass finanzielle Lockungen eines Konjunkturprogramms angesichts der zusätzlichen eigenen Investitionskosten nicht dazu führen dürfen, Wunschenswerten mit Notwendigem zu verwechseln.

Es gibt Wichtigeres als den Innenausbau des Spielberger Rathauses. Die Gemeinde könnte das Bauamt in den einen oder anderen aktuell oder künftig leerstehenden öffentlichen Raum – das Grundbuchamt zieht bis 2016 nach Maulbronn, die alte Rathausetage steht leer – unterbringen. Oder wäre gar eine Zusammenlegung des Amtes mit dem einer benachbarten Gemeinde vorstellbar? Das Bauamt ist nur eine Möglichkeit, richtig mit Sparen zu beginnen.

Die Etat-Beratungen in Karlsbad müssen dem Letzten verdeutlicht haben, dass über einen längeren Zeitraum auf die Schuldenbremse gestanden werden muss. Das „Prinzip Hoffnung“ – die Erwartung, die Gewerbesteuermehrfloßen bald wieder – wie von manchem Kommunalpolitiker noch immer in seinem Redebeitrag bedient, gaukelt dem Bürger nur vor, sobald sich der Konjunkturmehrwert wieder aufhebt, kämen die paradiesischen Zustände zurück, als man noch mit vollen Händen das Geld ausgeben konnte. Vermutlich täuschen sich diese „Schönwetter-Redner“ gewaltig: Dazu ist der Bund und Land auf die Kommunen in jüngster Zeit abgewälzte soziale Aufgabenberg zu hoch. Um allein diesen abzutragen, braucht es künftig mehr Geld in der Gemeindekasse als mancher glaubt.

Johannes-Christoph Weis

Defizit in der Ergebnisrechnung bereitet Sorge

Karlsbader Gemeinderat verabschiedet Haushalt 2010 / Umstellung von Kameralistik zur doppelten Buchführung vollzogen

Karlsbad (b/jcw). „Wir bringen heute einen Pilothaushalt auf den Weg“, so Karlsbads Bürgermeister Rudi Knodel bei der Verabschiedung des Haushalts 2010 der Gemeinde Karlsbad, der im Gemeinderat bei 21-Ja-Stimmen, einer Gegenstimme und vier Enthaltungen eine deutliche Mehrheit fand. Als eine der ersten Gemeinden im Landkreis vollzieht Karlsbad mit diesem Etat die gesetzlichen Vorgaben der Umstellung des gemeindlichen Finanzwesens von der Kameralistik zur doppelten Buchführung in Konten (DOPPIK) analog dem Finanzwesen der Wirtschaft.

Dass diese Umstellung in Zeiten leerer Kassen der öffentlichen Haushalte fällt, zeigt auch das Gesamtergebnis des Etats 2010, dessen Rahmendaten Kämmerin Simone Kruthoff präsentierte. Anstelle des Verwaltungshaushaltes steht jetzt ein Gesamtergebnis-

Kassenkreditemächtigung beläuft sich auf zwölf Millionen

haushalt, der sich im Jahre 2010 bei den ordentlichen Erträgen auf 20,4 Millionen Euro und den ordentlichen Aufwendungen auf knapp 28 Millionen Euro beläuft. Neu ist dabei die Ausweisung von Abschreibungen. Statt dem Vermögenshaushalt beinhaltet die DOPPIK einen Gesamtfinanzenhaushalt, der bei den Einzahlungen 2010 rund 19 Millionen Euro und bei den Auszahlungen rund 23,5 Millionen Euro umfasst.

Sorge bereitet allerdings das Defizit in Höhe von 7,2 Millionen Euro im Ergebnishaushalt. „Wir werden in diesem Jahr und in den folgenden Jahren Eigenkapital verzehren und von der Substanz leben“, so Simone Kruthoff. Um den Gesamtetat zu schultern, wird die Gemeinde weitere Kredite in Höhe von 3,7 Millionen Euro aufnehmen und die Kassenkreditemächtigung für kurzfristige Finanzierungen wird von acht auf zwölf Millionen Euro erhöht. Vorbei sind die Zeiten erklecklicher Gewerbesteuer-Einnahmen, die im Jahre 2007 noch



Die MITFINANZIERUNG DES ZWEIFLEISIGEN AUSBAUS der AVG-Strecke zwischen Reichenbach und Langensteinbach und damit Investitionen in den öffentlichen Nahverkehr die größte Investition der Gemeinde Karlsbad 2011. Unser Bild entstand im Bahnhof Langensteinbach. Foto: BNN Archiv

über 30 Millionen Euro ausmachten. Der Haushaltsansatz 2010 liegt bei der Gewerbesteuer bei 1,2 Millionen und der Grundsteuer bei 1,76 Millionen Euro. Die Pro-Kopf-Verschuldung (einschließlich Eigenbetrieb Wasserversorgung) wird bis Ende 2010 bei 639 Euro und damit noch deutlich unter dem Landesdurchschnitt liegen, wie Bürgermeister Knodel herausstellte. Dabei hat es sich die Verwaltung wie auch der Gemeinderat im Vorfeld dieser Etatberatungen nicht leicht gemacht. In mehreren nichtöffentlichen Sitzungen wurde eine von der Verwaltung erarbeitete

Check-Liste mit kurz und mittelfristigen Sparvarianten mit mehr als 220 Einzelpositionen beraten. Der Ergebnishaushalt wurde danach gegenüber dem Entwurf um rund 550 000 Euro jährlich entlastet. Dieses Sparziel soll erreicht werden durch Einstellungsstopp beim Personal, Kürzung der Gemeinderatsdiäten sowie der Ortsvorsteherbezüge von Langensteinbach, Ittersbach und Spielberg, Reduzierung der Vereinszuschüsse sowie der Schulbudgets um über elf Prozent.

Zu den anstehenden größeren Projekten zählen der zweigleisige Ausbau der AVG-Trasse

von Reichenbach zum Bahnhof nach Langensteinbach, die Erweiterung des Gewerbegebietes in Ittersbach und der Umbau der Grundschule Langensteinbach.

Dem Etatbeschluss vorausgegangen waren Anträge aus der CDU-Fraktion statt einer Sanierung des Rathauses Spielberg lieber Geld für den Kindergarten Ittersbach vorzusehen. Schließlich kam mehrheitlich ein Antrag von Peter Kiesinger zum Zuge, zunächst das Geld für die Sanierung des Rathauses auf Eis zulegen. Rudi Knodel überlegt sich noch, ob er gegen den Beschluss nicht Widerspruch einlegt.

SPD: „Nicht zu Tode sparen“

Karlsbad (ov/jcw). „Wir werden die altbewährte Form den Haushalt an einem Tage zu beraten und danach in einer öffentlichen Sitzung zu verabschieden wieder einführen“, meinte Klaus Steigerwald. Der SPD-Fraktionsvorsitzender in Karlsbad spielte dabei auf die späte Verabschiedung des Zahlenwerks und die damit verbundenen vielen Sitzungen an. Zwar gelte der Leitsatz „Sparen, sparen und nochmals sparen“ auch für seine Fraktion, aber dieser dürfe nicht überzogen werden. Es wäre ein Fehler sich „zu Tode zu sparen“. Die Neuverschuldung für 2010 solle zwar so niedrig wie möglich gehalten werden, aber mit einer Verschuldung von 330 Euro (650 Euro mit Eigenbetrieb) im Kernhaushalt pro Kopf liege man unter dem Durchschnitt vergleichbarer Gemeinde im Lande. Positiv sei die klar strukturierte Kindergartenbedarfsplanung.

Der Kinderbetreuungsaufwand könne sich sehen lassen. Im Blickfeld der Fraktion stehe dennoch die Kindergarteneinrichtung in Ittersbach. Hier gebe es Handlungsbedarf. Steigerwald brachte in diesem Zusammenhang eine Finanzierung über einen Nachtragshaushalt ins Gespräch. Die SPD strebe nach einer Lösung, die alle Beteiligten zufrieden stellt.

CDU: „Handeln statt jammern“

Karlsbad (jcw). Unter das Motto „Handeln statt jammern“ stellte CDU-Sprecher Günter Höger seine Rede. Sparen sei in dem Etat nicht in ausreichendem Maße erfolgt. Dies vor dem Hintergrund eines Finanzhaushalts, der eine Kreditaufnahme in Höhe von etwa acht Millionen Euro vorsehe. „Das war noch nie da gewesen“, meinte Höger und rief zu weiterer Sparen auf. Realität sei, dass in „fetten“ Jahren jeder Euro ausgegeben und damit Einrichtungen geschaffen worden seien, die mit ihren Folgekosten in finanziell schwierigen Zeiten die Kommune noch mehr belasteten.

Die CDU habe die Kürzung aller Ausgaben um zehn Prozent vorgeschlagen, diesem Ansinnen seien aber Verwaltung und Rat nur bedingt gefolgt. Letztlich hätte man gerne 200 000 Euro bei den Sachausgaben mehr gespart. Man sei jetzt gespannt, ob die von der Verwaltung als Kompromiss zugesagte Verpflichtung, diesen Betrag im Nachgang zur Verabschiedung des Haushalts 2010 einzusparen und darüber im Oktober zu berichten, eingehalten werde. Positiv sei, dass mit dem Etat das Kindergartenangebot, bei dem Karlsbad kreisweit eine Spitzenstellung einnehme, nicht angetastet werde. Sorge bereite, der Eigenbetrieb Wasserversorgung. Die Steigerung des Verlusts um über 100 000 Euro sei ein Alarmzeichen. Die von der Verwaltung ins Spiel gebrachte Gebührenerhöhung um 35 Cent pro Kubikmeter – eine Steigerung von 17 Prozent – sei nicht vermittelbar. Es gelte die Ausgaben zu überprüfen.

Freie Wähler: Mit „Köpfchen“ sparen

Karlsbad (ov). Gegen das Gießkannenprinzip und für Einsparungen mit „Köpfchen“ sprach sich die Freie-Wähler-Fraktionssprecher Jürgen Herrmann aus. Er beschrieb rückblickend die Probleme mit der neuen Doppik für die Kommune. Dazu gehörten unter anderem hohe Einführungs- und Schulungskosten oder auch aufwendige Ersterfassung und Bewertung von Vermögen und Kapital. Es sei eine Unverfrorenheit, dass das Land seine Haushalte nach wie vor kameralistisch erstelle, aber den Kommunen Doppik abverlange. Außerdem beklagte Herrmann gravierende Strukturfehler des kommunalen Finanzierungssystems durch die Verlagerung von Pflichtaufgaben und Kompetenzen an die Gemeinden, ohne die dafür notwendigen Mittel zu erhalten.

Zudem gingen der Gemeinde durch den Einbruch der Gewerbesteuer massiv Einnahmen verloren. Dies verursache eingeschränkte Steuerungsmöglichkeiten auf der Einnahmenseite. Für den nächsten Haushaltsplan erhoffen sich die Freien Wähler eine Besserung der Finanzen. Herrmann listete dann Punkte auf, mit denen seine Fraktion nicht einverstanden ist: So seien sie nicht bereit, auf die Ortsschaftsverfassung zu verzichten und Vorschläge für die Reduzierung in den Ortsverwaltungen zu machen. Das Gleiche gelte für Reduzierung von Vereinszuschüssen um mehr als zehn Prozent. Die Freien Wähler bedauerten, dass der Rat das Baugebiet Brunnwiesen in Auerbach abgelehnt habe.

Grüne: Öffentliche Beratung gefordert

Karlsbad (jcw). „Wir haben einen Haushalt, der wesentliche Punkte ausklammert und auf später verschiebt“, meinte Grünen-Sprecher Uwe Rohrer. Der Gemeinderat habe es versäumt, an die großen Kostenverursacher heranzugehen. Als Beispiel nannte Rohrer das Freibad. Ein jährliche Zuschussbedarf von fast 500 000 Euro sei bei anhaltend schwieriger Finanzlage mittelfristig nicht zu verkraften. Das Thema werde den Rat schon bei den Haushaltsberatungen 2011 einholen.

Die Grünen seien für eine qualitativ hochwertige Betreuung der Kinder. Doch mit Ausgaben von 2,3 Millionen Euro im Jahr stecke man in einem Dilemma. Bei der Finanznot sei es unausweichlich Kindergarten-Gruppen zu schließen, um die gute Qualität halten zu können. Rohrer meinte, es sei wichtig, wenn im Dezember 2010 der Haushalt beraten werde, dass die Sitzungen öffentlich sind. Bis dahin solle die Umstellung auf das neue Haushaltsrecht zu mehr Transparenz führen: „Zur Zeit sehen wir nur Schleier“. Dass trotz herausragender Einnahmen, insbesondere in 2007 und 2008, in Karlsbad keinerlei Rücklagen gebildet werden konnten, solle für alle Beteiligten eine Lehre für die Zukunft sein. Kritik richtete bezüglich des Sparwillens Rohrer an die Verwaltung: „Obwohl alle Beteiligten ihren Sparwillen bekräftigten, mussten wir leider feststellen, dass die Verwaltung zwar Freiwilligkeitsleistungen zu kürzen bereit war, bei der Senkung der Personalkosten aber äußerst zurückhaltend war“.

Karlsbad Etat-Zahlen

Haushalt	2009	2010
Pro-Kopf-Verschuldung	413 €	639 €
Ergebnisrechnung	- Mio. €	-7,2 Mio. €
Finanzrechnung	- Mio. €	-4,5 Mio. €
Hebesätze		
Grundsteuer A	300 v. H.	300 v. H.
Grundsteuer B	280 v. H.	300 v. H.
Gewerbesteuer	315 v. H.	330 v. H.
Erträge		
Gewerbesteuer	0,9 Mio. €	1,2 Mio. €
Einkommensteueranteil	7,0 Mio. €	6,0 Mio. €
Schlüsselszuweisungen vom Land	0,4 Mio. €	2,0 Mio. €
Aufwendungen		
Gewerbesteuerumlage	0,4 Mio. €	0,3 Mio. €
Finanzausgleichsumlage	8,5 Mio. €	3,7 Mio. €
Kreisumlage	7,7 Mio. €	4,1 Mio. €
Personalaufwand	5,6 Mio. €	5,5 Mio. €
Abschreibungen	3,8 Mio. €	4,4 Mio. €

„Kein Grund für Emotionen“

Ettlingen (BNN). „Es gibt keinen Grund, dass der AMC Albgau in den Medien unnötige Emotionen schürt“, schreibt Rainer Hasenbeck, Vorsitzender des Bürgervereins Neuwiesenreben, in Sachen AMC-Trainingsplatz. Nach der Entscheidung der Stadt und dem AMC Albgau, einen Schutzwall zur Verminderung der Lärmemissionen zu bauen, wolle der Bürgerverein zunächst einmal abwarten, ob es relevante Lärmreduzierungen gebe. Die Behauptung des AMC der Bürgerverein habe „keine konstruktiven Vorschläge gemacht“ sei unrichtig.

In der Hauptversammlung des Bürgervereins habe man einige Vorschläge aufgelistet, darunter den Lärmschutzwall. Ein für die Anwohner wichtiger Vorschlag dagegen, die Trainingszeiten vom Samstagmittag weg zu verlegen, sei vom AMC grundsätzlich abgelehnt. Selbstverständlich sei er als Vorsitzender mit Teilen des Vorstandes mehrere Male vor Ort gewesen, um sich ein Bild von der Problematik zu machen.

Erst durch die Nutzung des Geländes für Pocket Bike-Rennen sei die Lärmentwicklung ein Problem. Der AMC verkenne nach wie vor, daß die öffentlich-rechtliche Genehmigung durch das Landratsamt nur die eine Seite der Nutzungsmöglichkeit ist.

Die andere Seite sei der privatrechtliche Pachtvertrag mit der Stadt, der allein die Nutzung des Geländes als „Verkehrsübungsplatz“ vorsieht. Wenn sich der AMC vertragstreu an die Nutzung als Verkehrsübungsplatz halten würde, wäre das Lärmproblem erledigt.

Zur Absage keinen Grund

Kreisfinale 'Jugend trainiert für Olympia' von Regen begleitet

Von unserem Mitarbeiter Klaus Müller

Ettlingen. Wer nun glaubt, gestern beim verregneten Kreisfinale „Jugend trainiert für Olympia“ im Ettlinger Albgaustadion machte sich wegen des miesen Wetters bei den jungen Sportlern noch miesere Laune breit, irrt gewaltig. Auf der Tartanbahn gab's zwar so manche Wasserschlacht, auf dem Hartplatz beim Ballweitwurf so manche Schlammlegten die Grund- und Hauptschüler aus der gesamten Region nicht nur Ehrgeiz, sondern teilweise sogar Begeisterung an den Tag. Das fand auch die Kreisbeauftragte für den Bundeswettbewerb der Schulen, Petra Feix. „Schauen sie sich nur mal um, die Kinder und Jugendlichen sind richtig gut dabei.“ Weit über 300 Schüler/innen in 31 Teams tummelten sich auf den Sportanlagen beim Weitwurf, Ballweitwurf, Sprint oder auf der Mittelstrecke. Von den 15 gemeldeten Schulen kamen immerhin zwölf. „Klar wäre besseres Wetter angenehmer“, befanden einige Schüler der Gartenschule Karlsruhe. „Aber es macht hier trotzdem Spaß“, schoben sie dann gleich nach. Mit vollem Mund übrigens. Das kalte Wetter förderte den Appetit. Mit Hochgenuss wurden irgendwo im Trockenen die Brote, die Äpfel und was nicht noch al-

les weggeputzt. Bei Franziska von der Ettlinger Schillerschule gab's sogar Maultaschen aus der Plastikdose und bei Mitschülerin Julietta Spaghetti Bolognese.

Mindestens genauso beachtlich wie die vielfältigen „Speisezettel“ erwiesen sich trotz widriger Verhältnisse die sportlichen Leistungen. „Wir hätten den Kreisfinale nur dann abgesetzt, wenn es Bindfäden geregnet hätte“, ließ die Kreisbeauftragte durchblicken. Eine Absage hätte aber bedeutet, dass es für viele Schüler keine Qualifikation für den Entscheid auf Regiepräsidentenbegeben würde. „Leider gibt es immer weniger solcher Kreisentscheide“, bilanzierte Petra Feix. Es finden sich immer weniger Lehrer, die dafür Zeit „opfern“, oder die angesichts der ständig wachsenden Aufgaben an den Schulen dafür noch Zeit haben. Ganz zu schweigen vom logistischen Aufwand, den solch ein Kreisfinale benötigt.

Petra Feix und ihre Kollegen konnten auf ehrenamtliche Helfer bauen. „Meine Leichtathleten vom PSK Karlsruhe, alles Schüler, haben uns unterstützt. Und auch die Schüler vom Max-Planck-Gymnasium Karlsruhe“, berichtete die Kreisbeauftragte. All das zusammen genommen, ergab im Albgaustadion einen Kreistagsabend, der es in vielerlei Hinsicht in sich hatte. „

Ergebnisse des Wettbewerbs in der morgigen BNN-Ausgabe



MIT DEM BESEN gegen das Wasser: Wenigstens der Startbereich sollte einigermaßen trocken sein bevor es auf die 50 Meter bei „Jugend trainiert für Olympia“ ging. Foto: kdm